

Die multipolare Welt lieben lernen, Mr. Trump

Für die USA (und deren designierten Präsidenten) wäre es hoch an der Zeit, von einer hegemonialen Weltansicht auf eine partnerschaftliche umzuschwenken – darauf weisen zumindest alle überprüfbareren Fakten hin, die derzeit vorliegen.

Jeffrey Sachs

Die US-Außenpolitik steht am Scheideweg. Amerika war seit 1789 eine expandierende Macht. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreichte es globale Vorherrschaft. Doch nun stößt seine Macht an Grenzen angesichts des Aufstiegs Chinas, der Dynamik Indiens, des steilen Bevölkerungsanstiegs und der wirtschaftlichen Regungen in Afrika, der Weigerung Russlands, sich seinem Willen zu unterwerfen, seiner Unfähigkeit, die Ereignisse im Nahen Osten zu kontrollieren, und der Entschlossenheit Lateinamerikas, sich seiner faktischen Hegemonie zu entledigen.

Ein Weg, den die USA einschlagen können, ist der globaler Zusammenarbeit. Der andere ist ein militaristischer Schub in Reaktion auf ihr Scheitern beim Erreichen ihrer Ziele. Die Zukunft Amerikas und der Welt hängt davon ab, wie die USA sich entscheiden.

Globale Zusammenarbeit ist in zweifacher Hinsicht lebenswichtig. Nur sie kann für Frieden sorgen und ein nutzloses, gefährliches und letztlich in die Pleite führendes Wettrüsten verhindern, das diesmal Cyberwaffen, Weltraumwaffen und die nächste Generation von Nuklearwaffen umfasst. Und nur sie ermöglicht es der Menschheit, sich den dringenden Herausforderungen zu stellen, vor denen unser Planet steht: der Vernichtung der Artenvielfalt, der Vergiftung der Meere und der globalen Erwärmung.

Doch erfordert globale Zusammenarbeit die Bereitschaft, Einkünfte mit anderen Ländern zu erzielen, statt bloß einseitige Forderungen an sie zu stellen. Und die USA haben sich angewöhnt, Forderungen zu stellen, statt Kompromisse zu schließen. Wenn ein Staat es als sein Schicksal betrachtet zu herrschen – wie das im antiken Rom, im chinesischen Reich der Mitte vor etlichen Jahrhunderten, im britischen Empire von 1750 bis 1950 und in den USA seit dem Zweiten Weltkrieg der Fall war –, gehört das Wort „Kompromiss“ allerdings selten zu seinem politischen Vokabular.

Es überrascht also nicht, dass die USA Schwierigkeiten haben, die klaren globalen Grenzen zu akzeptieren, die sich vor ihnen auf tun. Die Erwartung im Gefolge des Kalten Krieges war, dass Russland sich den US-Forderungen unterwerfen würde; Präsident Putin hat das einfach nicht gemacht. Genau so haben Amerikas Kriege in Afghanistan, dem Irak, Syrien, Libyen, dem Südsudan und anderswo nicht zu Stabilität gemäß US-Vorstellungen geführt, sondern im gesamten erweiterten Nahen Osten einen Flächenbrand ausgelöst.

China sollte sich den USA gegenüber dankbar und unterwürfig zeigen, weil ihm das Recht gewährt wurde, nach 150 Jahren des Missbrauchs durch westliche imperiale Mächte und durch Japan Anschluss an die Welt zu finden. Stattdessen hat China die Kühnheit, zu denken, dass es eine asiatische Macht mit eigenen Verantwortlichkeiten ist.

Es gibt natürlich eine Ursache für diese den USA aufgezeigten Grenzen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Amerika die einzige Großmacht, die nicht durch den Krieg zerstört worden war. Es war führend in Naturwissenschaften, Technologie und Infrastruktur. Es umfasste 30 Prozent der Weltwirtschaft und war bahnbrechend in jedem Hochtechnologiektor. Und es organisierte die internationale Nachkriegsordnung: die UN, die Bretton-Woods-Institutionen, den Marshallplan, den Wiederaufbau Japans usw.

Im Rahmen dieser Ordnung jedoch hat die übrige Welt die enorme Lücke gegenüber den USA im Bereich der Technologie, Bildung und Infrastruktur inzwischen weitgehend geschlossen. Der Anteil der USA an der Weltwirtschaft ist um etwa die Hälfte (auf derzeit 16 Prozent) geschrumpft. Die chinesische Volkswirtschaft ist inzwischen größer als die der USA, auch wenn die Wirtschaftsleistung

geltend, dass der Welthandel die US-Vorherrschaft untergrabe.

Der Handelsberater des designierten US-Präsidenten Donald Trump, Peter Navarro, ist derselben Meinung. „Wann immer wir in China hergestellte Produkte kaufen“, schrieb er, „tragen wir als Verbraucher dazu bei, eine militärische Aufrüstung Chinas zu finanzieren, die darauf ausgelegt sein könnte, uns zu schaden.“

Mit lediglich 4,4 Prozent der Weltbevölkerung und einem sinkenden Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung können die USA natürlich versuchen, durch ein neues Wettrüsten und eine protektionistische Handelspolitik an ihrer Illusion globaler Vorherrschaft festzuhalten. Doch würde dies die Welt gegen die US-Arroganz und eine neue Militärbedrohung einen. Die USA würden sich in einem klassischen Fall imperialer Selbstüberschätzung selbst wirtschaftlich zugrunde richten.

Der einzig vernünftige Weg für die USA ist entschiedene, offene globale Zusammenarbeit, um das wissenschaftliche und technologische Potenzial des 21. Jahrhunderts zu nutzen, um Armut, Krankheit und Umweltbedrohungen drastisch zu verringern. Eine multipolare Welt kann stabil, wohlhabend und sicher sein. Der Aufstieg vieler regionaler Mächte ist keine Bedrohung für die USA, sondern eine Chance auf eine neue Ära des Wohlstands.

Aus dem Englischen: J. Doolan
Copyright: Project Syndicate

JEFFREY SACHS ist Professor für nachhaltige Entwicklung sowie für Gesundheitspolitik an der Columbia University.



Zum neuen Jahr besondere Matrioschkas: Eine tritt demnächst an, die andere ab, und die dritte will wiedergewählt werden – für den Rest siehe Seite 35.



Jeffrey Sachs: Die Welt holt gegenüber den USA auf, ein grundlegender wirtschaftlicher Vorgang.

Foto: Reuters

tung pro Kopf noch immer nur etwa ein Viertel so hoch ist.

Dieser Aufholprozess war weder perfider Trick gegenüber den USA, noch verlief er auf deren Kosten. Es war ein grundlegender wirtschaftlicher Vorgang: Angesichts von Frieden, Handel und einem globalen Fluss von Ideen können ärmere Länder vorankommen. Man sollte diese Tendenz begrüßen, anstatt ihr auszuweichen.

Panikmacher

Doch wenn die Mentalität der globalen Führungsnation auf Vorherrschaft ausgerichtet ist, wirken die Ergebnisse dieses Aufholwachstums zwangsläufig bedrohlich; viele „Sicherheitsstrategen“ in den USA sehen das so. Der offene Handel, den die USA lange befürworteten, nimmt sich nun wie eine düstere Bedrohung ihrer fortgesetzten Dominanz aus. Panikmacher rufen danach, dass sich die USA gegenüber chinesischen Waren und Unternehmen abschotten sollten, und machen

HANS RAUSCHER

Volksabstimmungen: Keine Diktatur der Mehrheit



Das Unbehagen an der Politik droht bei vielen in ein Unbehagen an der (Parteien-) Demokratie umzuschlagen.

Als Allheilmittel wird da gern „mehr direkte Demokratie“ angepriesen, hauptsächlich von Rechtspopulisten, aber nicht nur.

Vor ein paar Jahren stimmten alle Parteien einem Gesetzesentwurf zu, wonach ab einer bestimmten Zahl von Unterschriften bei einem Volksbegehren automatische eine Volksabstimmung über das Thema stattfinden solle. Die Initiative verlief im Sand, auch weil Bundespräsident Heinz Fischer sich klar gegen diese Aushöhlung der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie aussprach.

Inzwischen macht die FPÖ den Punkt „mehr direkte Demokratie“ zur Bedingung für eine Regierungsbeteiligung ihrerseits. Das ist nur logisch. (Rechts)populistische Parteien brauchen die Mobilisierung durch Volksabstimmungskampagnen. Da lassen sich Hass und Wut schüren, der Erregungspegel wird hochgepeitscht. Für abgewogene Argumente, für Fakten, für Rationalität oder gar für Unpopuläres ist da kaum mehr Platz. Im Gegenteil, wie man am Brexit gesehen hat, wird der Kampf oft mit glatten Lügen geführt. Die Vorstellung, dass sich eine Allianz aus einer rechtspopulistischen Partei und einer Krawallzeitung eines Themas bemächtigt, sollte unbehaglich machen.

Aber auch wenn man von den Rechtspopulisten absieht: Die zwangsläufige Ja/Nein-Entscheidung einer Volksabstimmung wird den meisten politischen Themen nicht gerecht.

Ein wichtiges Gesetz wird in der Regel im Vorfeld diskutiert, zuerst in der Öffentlichkeit, dann in Parlamentsausschüssen, oft unter Berücksichtigung der Opposition, aber auch diverser Interessengruppen.

Vor allem aber: Die Demokratie ist keine Diktatur der Mehrheit.

Viele Menschen meinen, das sei der Fall. Die Mehrheit entscheidet, und basta. Aber das stimmt nicht: Die Interessen der Minderheit müssen immer berücksichtigt werden, dafür gibt es zahlreiche Bestimmungen über Minderheitenschutz im politischen Alltag. Und bei wirklich wichtigen Entscheidungen sollte der Minderheitenschutz schon im Vorfeld eingebaut werden.

Das ist bei Referenden, die knapp ausgehen, nicht oder kaum möglich. Beim Brexit lautete der Ausgang 52:48. Bei einer so monumentalen Entscheidung über die Zukunft des Landes ist das verdammt knapp. Der EU-Beitritt Österreichs 1995 erfolgte mit 67 Prozent Zustimmung.

Überdies wird bei einem Referendum oft über etwas anderes als das Thema abgestimmt. Die Zwentendorf-Abstimmung ging auch deswegen knapp gegen das Atomkraftwerk aus, weil viele Bürgerliche Bruno Kreisky eine Niederlage bereiten wollten. Auch beim Brexit ging es im Grunde um die Zuwanderung, nicht um Englands wirtschaftliche Zukunft.

Ja, aber die Schweiz. Das ist der beliebte Einwand der Plebiszit-Fans. Aber die Schweiz ist ein echter Sonderfall und hat eine andere Tradition.

Volksabstimmungen soll es geben, aber sparsam und gut überlegt. „Nicht alles, was gut gemeint ist, ist gut“, sagte Heinz Fischer.
hans.rauscher@derStandard.at



SIE SCHEINT ZU FUNKTIONIEREN, ILSE! ZUMINDEST DIESE ZEITUNG IST SCHON KOMPLETT ROSA!



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)